

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Verena Osgyan

Abg. Matthias Vogler

Abg. Katja Weitzel

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Staatsminister Markus Blume

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Antrag der Abgeordneten

Prof. Dr. Winfried Bausback, Robert Brannekämper, Thomas Huber u. a. (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Antisemitischen, rassistischen und extremistischen Tendenzen und Gewalt an Hochschulen entschieden entgegenzutreten! (Drs. 19/1874)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Kollege Prof. Dr. Bausback. Bitte schön.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Vorfälle in Berlin, insbesondere die schwere Gewalttat gegen einen jüdischen Studenten, aber auch die Besetzung von Hörsälen, die Beschädigung von Hörsälen, sind ein Menetekel – ein Menetekel einer sich zuspitzenden gesellschaftlichen Situation, in der Extremismen verstärkt werden. Das sehen wir eben auch an Hochschulen.

Die Situation in Bayern ist mit jener in Berlin überhaupt nicht vergleichbar. Aber es ist wichtig und richtig, wenn wir uns in Bayern vorbereiten und auch eine Zuspitzung des gesellschaftlichen Klimas in Rechnung stellen.

Es ist die gemeinsame Aufgabe von Freistaat und Hochschulen, dafür zu sorgen, dass alle Studentinnen und Studenten frei von antisemitischer, rassistischer oder extremistischer Gewalt oder Einschüchterung ihr Studium betreiben können. Hochschulen sind die Orte eines freien wissenschaftlichen Diskurses, eines freien wissenschaftlichen Studiums. Diesen Wert, Kolleginnen und Kollegen, muss der Freistaat gemeinsam mit den Hochschulen, müssen die Hochschulen gemeinsam mit dem Freistaat sichern.

Die Hochschulen, die Universitäten in Bayern sind hier engagiert, und sie bekennen sich wie jüngst auch wieder über ihre Verbände dazu, dass verfassungsfeindliche oder

strafbare Taten, dass Gewalt und dass Einschüchterung keinen Platz an den Campi der bayerischen Hochschulen haben. Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns aber die Situation angesichts des zugespitzten Klimas an den einzelnen Hochschulstandorten anschauen, wenn wir uns die Regelungen, die Satzungen der Hochschulen anschauen, müssen wir feststellen, dass sich darin ganz unterschiedliche Regelungen für die Reaktion auf solche möglichen Vorfälle finden lassen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir den Hochschulen Instrumente an die Hand geben, und zwar Instrumente, die landesweit einheitlich sind, zum Beispiel über das Hochschulgesetz, über das Hochschulinnovationsgesetz, um auf eventuelle Vorfälle, auf Gewalt oder auf die Blockade von Hochschuleinrichtungen wie Hörsälen oder Mensen reagieren zu können.

Wir brauchen die Möglichkeit, Kommilitoninnen und Kommilitonen rechtssicher aus der Hochschulgemeinschaft ausschließen zu können, die Gewalt, die Einschüchterung von Mitstudentinnen und Mitstudenten aus rassistischen, extremistischen oder antisemitischen Gründen ausüben. Wir brauchen die Möglichkeit, einen Studenten aus der Hochschule ausschließen zu können, der Hörsäle beschädigt oder besetzt, der andere am freien Diskurs, am freien Studium hindert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, deshalb bin ich sehr froh, dass wir uns im Wissenschaftsausschuss gemeinsam zu diesem Antrag bekannt haben. Meine Überzeugung ist, dass jemand, der sich aktiv gegen den freien Diskurs an seiner Hochschule wendet, der aus extremistischen, antisemitischen Motiven andere bedroht oder gar mit Gewalt überzieht, das Recht verloren hat, an einer solchen Hochschule zu studieren.

Wir müssen den Hochschulen die Möglichkeit geben, auf solche Vorfälle zu reagieren; denn die Freiheit des Studiums, die Freiheit von Forschung und Lehre sind Werte, die unseren Freistaat prägen, die unsere Hochschulen prägen, die unsere Gesellschaft

prägen. Es lohnt sich, dafür zu kämpfen und auch die Möglichkeit zu schaffen, hier wirksame Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Nolte von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Ich finde es äußerst erfreulich, dass die CSU langsam merkt, dass wir an den Universitäten ein Extremismusproblem haben. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es sich hier um einen reinen Schaufensterantrag handelt, einen Schaufensterantrag, mit dem versucht wird, aus unschönen Vorfällen der jüngeren Vergangenheit politisches Kapital zu schlagen, nachdem man das Problem viele Jahre ignoriert hat und sich sonst bei jeder Gelegenheit nur allzu gerne mit den Feinden unserer Verfassung ins Bett legt, unter dem Deckmantel des schon peinlich anmutenden Kampfes gegen Rechts,

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Wir haben uns noch nie mit Ihnen ins Bett gelegt!)

peinlich angesichts des offensichtlichen Scheiterns sämtlicher grün-linker, rot-linker und schwarz-linker Gesellschaftsexperimente.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Da gab es schon 2002 einen Schulterchluss von Rechtsextremisten, Antisemiten und Islamisten, Herr Kollege!)

Wenn wir nämlich über Extremismus und politisch motivierte Gewalt an Hochschulen sprechen, dann müssen wir auch Ross und Reiter benennen. Wer sind denn diese Extremisten, die an Hochschulen ihr Unwesen treiben?

(Michael Hofmann (CSU): Sie können nicht Ross und Reiter unterscheiden!)

Professoren packen aus; Linksextreme haben deutsche Unis unterwandert – so eine Schlagzeile aus dem Mai dieses Jahres. Beklagt werden der Schulterschluss zwischen Linken und Islamisten, Übergriffe gegen jüdische Studenten, die Besetzung von Hörsälen durch Extremisten, das Stören und Verhindern von Vorlesungen kritischer Professoren, das Bedrängen kritischer Studenten, die Finanzierung extremistischer Gruppen mit den Geldern der Studentischen Selbstverwaltung. All das gehört an vielen deutschen Universitäten mittlerweile zum traurigen Alltag.

Verlotterte Gestalten lungern in bizarren Protestcamps herum, vermüllen Uni-Gelände und Hörsäle im Namen von Critical Race Fury, Gender, Klimaschutz, irgendetwas mit toxischer Männlichkeit oder LG-BBQ oder sonstiger kruder Ideologien, die kein Mensch braucht, und hindern Studenten und Dozenten am Lernen und Lehren.

(Beifall bei der AfD)

Für viele dieser linken Nichtsnutze und Extremisten sind solche Randale-Aktionen wahrscheinlich die einzigen Gelegenheiten, bei denen sie überhaupt einmal die Uni von innen sehen.

Ein aktuelles Beispiel aus Bayern. Im Juni lief an der Universität Regensburg eine Aktion namens "Campus gegen Rechts", eine Aktion gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft.

Nun, ich für meinen Teil muss sagen, dass ich den Rechtsruck in der Gesellschaft ausdrücklich begrüße, aber das muss selbstverständlich nicht jeder so sehen, und ich kann durchaus nachvollziehen, dass Vertreter von Ideologien, deren Zeit abgelaufen ist, ein wenig frustriert sind.

(Beifall bei der AfD)

Ob man für die Verarbeitung dieses Frustes allerdings ein Universitätsgelände besetzen muss und dort ein Veranstaltungsareal inklusive eines Zirkuszeltens errichten und zumüllen muss, darüber lässt sich streiten. Nach anfänglichen Bedenken ließ übrigens

auch die Universitätsleitung die Chaoten gewähren. Das Problem beschränkt sich also nicht nur auf die Studentenschaft. Hätten die Studenten doch die Zeit an der Uni mal besser genutzt, um dort zu lesen, zu lernen, sich zu bilden und den eigenen Horizont zu erweitern, dann hätten sie vielleicht begriffen, dass der Rechtsruck in der Gesellschaft etwas durchweg Positives ist und kein Grund, Kommilitonen und Dozenten zu belästigen.

Wir möchten uns bei der CSU für diesen Antrag bedanken. Vielen Dank für die Einsicht, dass der extremistische Sumpf an den Hochschulen endlich trockengelegt werden muss.

Noch mehr bedanken möchte ich mich jedoch bei all jenen mutigen Studenten, die sich seit Jahren dem linken Wahnsinn und dem Extremismus an unseren Universitäten entgegenstellen.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh, oh!)

Seien es die Burschenschaften, seien es andere freiheitliche oder patriotische Hochschulgruppen. Vielen Dank, ihr leistet hervorragende Arbeit. Bitte macht weiter so. Der Feind steht links.

Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Prof. Dr. Bausback, CSU-Fraktion, vor. Bitte schön.

Benjamin Nolte (AfD): Bitte gerne!

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, Ihre Weltsicht ist sehr vereinfacht und auch falsch, weil sich die Extremisten von allen Seiten zusammenfinden. Was sagen Sie denn dazu, dass schon 2002 bekannte Rechtsextremisten wie zum Beispiel Mahler sich mit einer rechtsextremistischen islamistischen Organisation zusammenge-

tan haben, bei einer Kundgebung im Rahmen einer Berliner Universität, nämlich der Technischen Universität, wenn ich mich richtig erinnere? Der Schulterschluss zwischen Rechtsextremen und Islamisten ist auch eine Tatsache. Was sagen Sie dazu?

Benjamin Nolte (AfD): Ich sage dazu: Antisemitismus von rechts ist ein aufgebauschtes Problem.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Oh, oh, oh! – Zurufe von der CSU: Unglaublich!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Osgyan für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in wirklich schwierigen und teilweise bedrückenden Zeiten, in denen internationale Konflikte auch nach Bayern schwappen. Ich finde es auch bedrückend, dass ein Thema, über das wir im Ausschuss sehr ernsthaft geredet haben, nämlich wie wir Antisemitismus, Rassismus und Extremismus an Hochschulen wirksam bekämpfen können, jetzt so gedreht wird und so ins Lächerliche gezogen wird, wie das in der Rede des Vorredners getan wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Lassen Sie es mich auf den Kern zurückbringen. Nach dem 7. Oktober 2023 sind Verwerfungen auch in unserer Gesellschaft sichtbar geworden. Aber wir müssen uns auch klarmachen: Antisemitismus war in Deutschland nie ausgerottet. Die Mitte-Studien, die Leipziger Autoritarismus-Studien der letzten Jahre zeigen deutlich: In der Gesellschaft haben bis zu 25 % antisemitische Einstellungen. Wir können auch nicht leugnen, dass der 7. Oktober nochmals eine Zäsur war, dass offen antisemitische Propaganda wieder salonfähig geworden ist. Dass Demonstrationen, die die fundamentalistische Terrororganisation Hamas verherrlichen, auf unseren Straßen stattfinden, das

können wir nicht dulden, und ich bin froh, dass der Bayerische Landtag hier – so nehme ich das zumindest wahr – zusammensteht und zusammengestanden ist in den letzten Debatten.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Es gibt auch aktuelle Studien, die sagen: Antisemitismus ist an Hochschulen weniger verbreitet als in der Gesamtgesellschaft. Aber 10 % Antisemiten sind 10 % zu viel, und deswegen müssen wir uns dessen gemeinsam annehmen.

Auch die Formen, die antisemitische Äußerungen an Hochschulen annehmen, seien es Protestcamps, die Hamas-Propaganda dauerhaft im Stadtbild verankern, seien es Demonstrationen, die andere ängstigen, oder auch Aufkleber, die ein ungutes Klima verbreiten: Das sind alles Dinge, deren wir uns annehmen müssen, auch wenn Hochschulen letztlich nur ein Spiegel der Gesellschaft sind.

Es ist richtig, dass es in Bayern nicht solche Auswüchse angenommen hat wie in anderen Bundesländern. Nichtsdestoweniger müssen wir uns dessen auch hier annehmen; denn die Freiheit von Forschung und Lehre ist im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung verbürgt, und das muss für alle gelten: für jüdische Studierende und Lehrende, für israelische Internationals genauso wie für Studierende, Lehrende und Forschende aller Hautfarben.

Wir dürfen auch nicht vergessen: Wir bilden an unseren Hochschulen Multiplikatoren aus. Lehrkräfte, Spitzenforscher, künftige Führungskräfte in der Wirtschaft. All denen müssen wir mitgeben, dass Rassismus, Antisemitismus und Extremismus keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Deswegen finde ich die Forderung in dem Antrag der Regierungsfraktionen richtig, dass es mehr Forschung und Lehre im Bereich Antisemitismus geben soll, aber eben auch einen Aktionsplan, der auf die Förderung jüdischer Kultur referenziert. Diese Forderung hätte vielleicht auch schon früher umgesetzt werden können.

Ich stimme auch zu: Wir müssen den Hochschulen ein einheitliches Instrumentarium mitgeben, wie sie damit umgehen können, wie sie auf antisemitische Vorfälle reagieren können. Das kann das Hausrecht sein, das kann aber auch in extremen Fällen eine Exmatrikulation sein, auch wenn wir da – und das muss ich betonen – eine saubere und tiefgehende Grundrechtsabwägung brauchen. Es muss auch klar sein, dass es dafür streng definierte, enge Kriterien braucht. Wir können es aber gleichzeitig nicht länger auf die Hochschulen abwälzen, dass sie eine entsprechende Rechtsunsicherheit selber tragen müssen.

Klar ist aber auch: Die meisten antisemitisch konnotierten Vorfälle bzw. Störungen dürften weit unterhalb dieser Schwelle liegen. Deswegen war es mir und uns als Fraktion der GRÜNEN auch ein Anliegen, dass wir da noch mal genauer hinschauen. Wir haben deswegen einen Antrag auf eine Anhörung zu Antisemitismus an Hochschulen eingebracht, und ich bedanke mich ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen im Wissenschaftsausschuss, die das bisher unterstützt haben.

Es ist wichtig, dass wir ein Lagebild bekommen. Ich weiß von jüdischen Studierenden, die sagen, dass sie derzeit nicht mehr allein in Vorlesungen gehen – nicht, weil sie schon mal konkrete Gewalt erlebt haben, sondern weil sie ein Klima der Angst wahrnehmen. Auch das können wir nicht dulden. Deswegen sollten wir uns in der Anhörung gemeinsam überlegen, welche Ressourcen wir schon haben und ob die bisherigen Maßnahmen überhaupt greifen.

Dem vorliegenden Antrag, der heute diskutiert wird, stimmen wir natürlich zu. Das ist ganz klar; denn ich möchte allen jüdischen Studierenden und Lehrenden, allen israelischen Mitgliedern der Hochschulen, aber auch allen anderen mitgeben: Niemand möchte, dass die Situation weiter umschlägt. Wir stehen fest an Ihrer Seite und wollen, dass unsere Hochschulen Orte der Wissenschaftsfreiheit, der Sicherheit und der Welt-offenheit sind und bleiben. – Vielen Dank für die Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Prof. Dr. Bausback, CSU-Fraktion. Bitte.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Frau Kollegin, zunächst einmal herzlichen Dank für diesen Schulterchluss, den Sie auch heute wieder zum Ausdruck bringen. Ich nehme das wahr, und ich glaube auch, dass das ehrlich gemeint ist. Ich bin auch sehr froh, dass wir diese Anhörung im Ausschuss durchführen. Ich wäre nur etwas vorsichtig mit der pauschalen Schlussfolgerung, die wohl in der einen Studie, die Sie zitieren, zum Ausdruck kommt, dass Antisemitismus an Hochschulen weniger verbreitet ist. Das müssen wir gemeinsam diskutieren. Extremismus ist schon immer ein Thema an den Hochschulen gewesen. Wir müssen nur an den 11. September zurückdenken: Eine der Terrorzellen hat sich an einer Hochschule in Hamburg radikalisiert. Deshalb müssen wir das sehr ernst nehmen.

Ich bin überzeugt davon, dass die Situation in Bayern besser ist als in vielen anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem sollten wir in diese Anhörung auch offen hineingehen und uns anhören, was die Experten sagen, auch zu dieser Studie. Ganz überzeugt mich diese pauschale Sicht im Moment noch nicht, muss ich an der Stelle sagen. Ich glaube schon,

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ihre Redezeit ist um, Herr Kollege.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): dass wir auch ein Extremismusproblem an vielen Hochschulen in Deutschland haben.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Ja, Herr Prof. Bausback, ich stimme insofern zu: Wir müssen genau hinsehen. Wir dürfen nicht alles pauschal über einen Kamm scheren. Aber natürlich ist es ein sehr komplexes Feld. Uns geht es darum, nicht vorschnell zu

sagen, dass wir uns mit dem ersten Augenschein zufriedengeben, sondern wirklich genau hinzusehen.

Ich kann jetzt auch nur die eine Studie zitieren, die jüngst herausgekommen ist. Ich will sie nicht anzweifeln, aber das Bild dürfte tatsächlich noch komplex sein. Ich glaube auch, wenn wir jetzt vielleicht einige Vorfälle aus dem Bereich im Hinterkopf haben, bei denen es um Gewalt gegen Studierende ging, die übrigens nicht an Hochschulen stattgefunden hat, sondern unter Hochschulangehörigen, dass das für uns trotzdem keine Entschuldigung sein kann, dass wir in Bayern nicht hinsehen, allein schon präventiv.

Insofern freue ich mich da über den Schulterschluss. Ich glaube, dass gerade das ein Thema ist, wo Demokratinnen und Demokraten wirklich Standing zeigen müssen, und das werden wir gemeinsam tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Matthias Vogler, AfD-Fraktion. Bitte.

Matthias Vogler (AfD): Frau Kollegin Osgyan von den GRÜNEN, Ihnen ist ja vielleicht der Ausspruch bekannt, den Ihre Parteifreundin Katrin Göring-Eckardt 2015 getan hat: "Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf!"

Unser Land hat sich drastisch verändert. Wie es auch der Präsident des Zentralrats der Juden, Herr Dr. Schuster, 2018 in Fürth – ich war dort anwesend – bei der Eröffnung des Erweiterungsbaus des Jüdischen Museums zu Recht gesagt hat: Die Angriffe auf seine Gemeinde – und das ist sehr erschreckend – kommen zu großen Teilen aus dem linken und dem muslimischen Lager. Natürlich kommen sie auch aus dem rechten Lager, aber die meisten Angriffe stammen aus dem linken und dem muslimischen Lager.

Was sagen Sie dazu? Wann wollen Sie endlich klare Kante zeigen, um die ganzen Problemfälle, die seit 2015 reingekommen sind, rauszubringen? Denn da ist der Antisemitismus extrem gewachsen. Wann fangen Sie in Ihrer Partei an, auch da die Extremisten zu benennen und den Kontakt zu Extremisten einzustellen? – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Verena Osgyan (GRÜNE): Ich finde das sehr erstaunlich; denn wir haben im Wissenschaftsausschuss über die entsprechenden Anträge noch sehr konsensual argumentiert. Jetzt machen Sie und Ihr Vorredner Nolte plötzlich ein Fass auf, reden überhaupt nicht mehr über Antisemitismus und nehmen das jetzt als Feigenblatt, um hier wieder Ihre Ideologie zu verbreiten. So kommen wir keinen Schritt weiter. Insofern erübrigt sich jede Antwort auf Ihre Frage wirklich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Katja Weitzel von der SPD-Fraktion.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher, die auch noch zu so später Stunde hier sind! Die grundlegende Idee dieses Antrages ist zu unterstützen. Geht es doch um den Ausdruck des Willens für eine wehrhafte Demokratie. Allerdings sind antisemitische Vorfälle an Universitäten und Hochschulen kein singuläres Problem. Sie sind vielmehr ein Spiegel einer gesellschaftlichen Entwicklung hin zu einer Kultur gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und verschwörungsideologischen Denkens, welche leider auch von einigen politischen Akteuren befeuert und betrieben wird.

(Beifall bei der SPD)

Das grundlegende Problem, das wir sehen, ist eine zunehmende gesellschaftliche Offenheit gegenüber Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden, aber auch eine Offenheit in bestimmten, prozentual bereits dargelegten Anteilen der Gesellschaft gegenüber

menschenfeindlichen und rassistischen Äußerungen. Das spiegelt schlicht und einfach den Stand der politischen Bildung in unserer Gesellschaft wider. Dieser Mangel an politischer Bildung in unserer Gesellschaft ist eben nicht nur ein Defizit in der Schulbildung. Das wurde in diesem Hohen Haus vor Kurzem eingehend diskutiert. Auch in der Ausbildung an bayerischen Universitäten mangelt es an politischer Bildung. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen und uns verdeutlichen. Die Debatte zu diesem Antrag zeigt deutlich, dass es Zeit ist für ein Demokratieförderungsgesetz zur Stärkung der politischen Bildung. Hier muss deutlich mehr investiert werden. Allein eine Verfassungsviertelstunde wird es nicht richten.

Der Antrag ist sehr allgemein formuliert. Es ist ein Auftrag an die Staatsregierung, den Hochschulen einheitliche Regelungen an die Hand zu geben, um auf antisemitische, rassistische und extremistische Vorfälle an den Hochschulen adäquat reagieren zu können. Allerdings sind hier verallgemeinernde Regelungen wenig hilfreich. Allein aus juristischen Gründen bedarf es eines Regelungskatalogs, der die Grundlage für eine Sanktion genau definiert, schon allein deshalb, um unterschiedlichen Bewertungen der Universitäten und Interpretationen vorzubeugen.

Aber Wissenschaftsfreiheit und Freiheit von Forschung und Lehre heißt auch, gesellschaftlichen Diskurs an Universitäten und Hochschulen zuzulassen. Kritik an der israelischen Regierung auf Grundlage menschenrechtlicher und völkerrechtlicher Positionen darf kein Grund für eine Sanktion sein. Anhaltspunkte für einen Umgang oder eine Unterscheidung zwischen einer regulären Kritik am Verhalten einer Regierung und Antisemitismus kann zum Beispiel die 3D-Regel des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung geben.

Doppelstandards, also Messen mit zweierlei Maß bezüglich der israelischen Regierung und ihrem Handeln, eine Delegitimierung des Existenzrechtes des Staates Israel oder eine Dämonisierung Israels sind als antisemitisch zu bewerten. Die 3D-Regel gibt fünf weitere Merkmale vor, um eine Abgrenzung zwischen berechtigter Kritik und Anti-

semitismus zu ermöglichen. Das wäre doch mal eine Vorlage, die sich die Staatsregierung in der Umsetzung des Antrages nochmals anschauen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Anlass des Antrags – Kollege Bausback hat es ausgeführt – waren die Proteste aus der Studierendenschaft, insbesondere in Berlin. Aber auch hier in Bayern hat es Proteste gegeben, wenn auch nicht in dieser Auswirkung wie in Berlin.

Im Auge behalten sollten wir aber auch die Hochschullehrenden. Ich möchte ganz kurz auf den Fall von Prof. Meyen an der LMU verweisen, der während der Corona-Pandemie Verschwörungstheorien mit in die Lehre eingebracht hat. Es gab disziplinarische Sanktionen. Aber sie kamen spät und erst auf Hinweis aus der Studierendenschaft. Auch hier sind seitens der Staatsregierung transparente Regeln für die Hochschulen nötig. Der Antrag sollte auch zum Anlass genommen werden, den Hochschulen Regelungen zur Umsetzung von Disziplinarmaßnahmen an die Hand zu geben.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Katja Weitzel (SPD): Wir stimmen dem Antrag zu. Es herrscht große Einigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Prof. Dr. Michael Piazzolo von den FREIEN WÄHLERN.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist ein äußerst ernstes Thema zu dieser späten Stunde. Ich bedanke mich für beinahe alle Wortmeldungen, die zu diesem Thema gekommen sind.

Auch in Bayern zeichnen sich Hochschulen dadurch aus, dass sie Seismografen gesellschaftlicher Veränderungen sind. Die letzten Jahre, eigentlich die letzten Wochen

und Monate haben schon gezeigt, dass sich auch an den Hochschulen in Deutschland einiges verändert hat, und zwar nicht unbedingt in dem Sinn, wie wir uns das wünschen; denn in einer, wenn auch nicht großen, aber ernst zu nehmenden Zahl sind antisemitische Tendenzen vorhanden und strahlen weiter deutlich aus. Es sind auch rassistische und extremistische Tendenzen zu beobachten. Deshalb kommt der Antrag zur richtigen Zeit. Der Antrag setzt richtig an.

Die Frage ist und war: Wie reagieren wir darauf? Dieser Antrag zeigt auch, dass die Bayerische Staatsregierung etwas tut. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen und wir werden klare Kante zeigen. Das ist unsere Antwort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Und warum gerade bei antisemitischen Tendenzen? – Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, also nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Dritten Reich, sollte es nie wieder antisemitische Tendenzen geben. Nie wieder! Das ist im Grunde genommen auch ein Teil der Raison d’Être unseres Staatswesens. Deshalb werden wir diesen Kern unseres Gemeinwesens mit allen Mitteln, die wir haben, verteidigen. Einen Teil davon haben wir heute in einigen Wortbeiträgen ausgebreitet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es ist ganz klar – ich will das nochmals deutlich machen –: Für Antisemitismus, Rassismus und extremistische Tendenzen ist an unseren Hochschulen kein Platz. Das müssen wir deutlich machen, auch per Gesetz. Allerdings ist auch klar: Freiheit im Studium, in Lehre und Forschung gilt es zu sichern. Das ist im Grunde genommen abzuwägen. Aber es ist auch wichtig, dass die 90 % oder mehr als 90 % der Studierenden – das können wir uns in der Anhörung sicherlich anschauen –, die sehr gutwillig sind und sich auch gegen diese Tendenzen sträuben, die Möglichkeit haben zu studieren und nicht im Studium wie auch die Professoren in ihrer Lehre und Forschung leiden. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass wir dort tätig werden.

Es gilt auch – das steht ebenfalls im Antrag –, die Hochschulen in ihren bereits bisher gemachten Anstrengungen und darüber hinaus zu unterstützen. Deshalb braucht es meines und unseres Erachtens im Hochschulinnovationsgesetz klare gesetzliche Regelungen. Im Antrag ist dies niedergelegt. Wir müssen reingehen. Warum? – Nicht, um von Anfang an abzuschrecken oder in irgendeiner Weise Exmatrikulationen zu erleichtern. Das ist das letzte Mittel und schärfste Schwert. Damit muss man vorsichtig umgehen. Aber wichtig ist Klarheit für alle. Jeder muss wissen, was ihn erwartet, wenn er entsprechend agiert. Das müssen wir deutlich machen. Wichtig sind auch einheitliche Regelungen in Bayern, das heißt, dass die eine Hochschule nicht so, die andere Hochschule anders handelt, sondern die Hochschulen müssen per Gesetz wissen, was zu tun ist.

Das Entscheidende – und das ist in einigen Wortbeiträgen heute und auch schon im Ausschuss angeklungen – ist Verhältnismäßigkeit. Die Exmatrikulation muss möglich sein; aber sie muss das letzte Mittel sein. Diese Sanktionsreihe muss man entsprechend aufblättern und klarstellen. Klar ist auch: Wer Straftaten in die rassistische, antisemitische und terroristische Richtung begeht, der hat den Schutz nicht verdient, sondern der muss entsprechend bestraft werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage das deutlich: Das ist wichtig in Bayern, das ist wichtig in Deutschland, aber auch darüber hinaus. Es ist schon so, dass gerade in diesen Bereichen die Weltgemeinschaft beobachtet: Was findet da in Deutschland statt? Was baut sich denn da auf? Was entwickelt sich denn da? – Das gilt für uns deshalb besonders, da wir in diesem Bereich eine besondere Sensibilität sicherzustellen haben. Deshalb ist der Antrag wichtig und dringlich. Es ist gut, dass wir nicht nur im Ausschuss darüber reden, sondern auch im Plenum, dass wir den Antrag aus dem Ausschuss in das Plenum hochgezogen haben. Deshalb danke dafür, dass wir das hier in dieser Stunde tun und wir klare Regelungen schaffen. Der Minister ist anwesend, und wir geben ihm auf diesem

Weg die Bitte mit, das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz entsprechend zu ändern. Wir stehen dahinter. Wir helfen gerne. Es ist wichtig, diese Regelung durchzusetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die Staatsregierung hat der Staatsminister Markus Blume um das Wort gebeten. – Bitte schön.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon spät; umso mehr bin ich beeindruckt von weiten Teilen dieser Debatte und auch sehr dankbar für das Signal des Hohen Hauses.

Ich will, wie die meisten Redner, vorwegschicken, dass ich sehr froh bin, dass wir in Bayern eine eindeutige Bilanz vorzuweisen haben. Es gibt bei uns keine Verhältnisse wie in Berlin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist immer gut; aber bei diesem Thema ist es ganz besonders wichtig und dafür dürfen wir dankbar sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Antisemitismus hat in Bayern einfach keinen Platz. Diese Grundhaltung dann auch konsequent zu verfolgen, ist tatsächlich ganz entscheidend. Ich war vor einigen Monaten mit der KMK in Israel. Es war ehrlicherweise bedrückend, dort zu hören, wie Hochschulen und Hochschulangehörige davon berichten, dass in anderen Teilen der Welt nicht einmal mehr das Telefon abgenommen wird, wenn man als Israeli dort anruft. Das sind ehrlicherweise gerade in einem Umfeld, wo es auf Austausch ankommt, alarmierende Vorzeichen. Man kann hier nur sagen: Wehret den Anfängen. Oder wie es gerade auch formuliert wurde: Nie wieder.

Deswegen ein herzliches Dankeschön an alle, die sich klar positioniert haben in den letzten Wochen und Monaten. Gerade die klare Positionierung aus der Professorenschaft gestern fand ich ein eindrückliches Zeichen. Sie hat deutlich gemacht, Antisemitismus hat keinen Platz an unseren Hochschulen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir versuchen von unserer Seite alles dazu beizutragen, dass die Hochschulen im Kampf gegen Antisemitismus auch politische Rückendeckung haben. Mir ist wichtig zu betonen, dass wir uns in Bayern nicht mit fragwürdigen Überprüfungen von Förderverfahren aufgehalten, sondern überlegt haben, wie wir die Hochschulen in ihrer Kompetenz stärken können. Dies geschah in dem Bewusstsein, durch entsprechende Maßnahmen auch konkret vorgehen zu können.

Der KMK-Aktionsplan, der im Dezember des letzten Jahres gegen Antisemitismus auf den Weg gebracht wurde, ist maßgeblich aus bayerischer Feder entstanden. Das darf ich hier berichten. Wir haben alle Hochschulen über diesen Aktionsplan informiert und auch versucht, bei der Umsetzung zu begleiten. Wir waren, wie gesagt, als Zeichen der Solidarität in Israel. Ich habe mich selbst mit jüdischen Studierenden getroffen. Ich möchte dies hier im Hohen Haus noch einmal teilen. Es geht nicht nur um die objektive Lage, sondern es ist wie in der Sicherheitspolitik. Wenn du heute von Betroffenen hörst, dass sie sich heute nicht mehr sicher fühlen – und da geht es auch um die gefühlte Lage –, dann haben wir tatsächlich ein Problem.

Deswegen kann ich nur sagen: Null Toleranz bei Protesten, null Toleranz bei Besetzungen. Ich danke unseren Hochschulleitungen in Bayern für diesen engen Schulterchluss und verbinde ihn mit einem ausdrücklichen Dank für umsichtiges Vorgehen, wo auch immer schwierige Situationen entstanden. Es war vorbildlich, was bayerische Hochschulleitungen bisher geleistet haben. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Es wird gefragt, was wir konkret tun. – Ich kann es ganz konkret beantworten: Ich bin froh und dankbar, dass es gelungen ist, an allen bayerischen Hochschulen innerhalb kürzester Zeit Antisemitismusbeauftragte einzurichten. Wir richten einen Runden Tisch mit diesen Antisemitismusbeauftragten ein. Wir werden ein Schulungsangebot vorbereiten, um für unterschiedliche Erscheinungsformen von Antisemitismus zu sensibili-

sieren. Ich habe selbst bei mir im Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst eine Stelle verankert, um diese verschiedenen Aktivitäten dann auch tatsächlich zu koordinieren.

An dieser Stelle darf ich einmal mehr demjenigen Danke sagen, der in Bayern wiederum zentral die Aktivitäten koordiniert, nämlich unserem früherem Kollege Ludwig Spaenle. Er macht eine exzellente Arbeit als Antisemitismusbeauftragter. Das gilt es noch einmal deutlich zu sagen. Wir können stolz und dankbar sein, dass er diese Aufgabe wahrnimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weil es gerade mehrfach angeklungen ist: Wir reagieren auch gesetzlich in Bezug auf den Kampf gegen Antisemitismus. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Wissenschaftsausschuss, ich nehme den Ball sehr gerne auf, dass wir uns hier mit der Frage auseinandersetzen, an welchen Stellen wir das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz nachschärfen müssen. Ich glaube, es ist notwendig.

Klar ist: Wir haben das Hausrecht, und das Hausrecht ist heute schon anwendbar, und ich kann nur sagen: Es wird auch überall in Bayern konsequent angewendet. Wir haben aber gesehen, es gibt schon noch Stufen, die wir möglicherweise einziehen müssen. Die wollen wir auch einziehen. Das heißt, wir sind dabei, ein Hochschulordnungsrecht zu entwickeln, das abgestufte Maßnahmen, abgestufte Sanktionen, abgestufte Möglichkeiten, je nach Schwere des entsprechenden Vorfalls, vorsieht. Wir wollen die Exmatrikulation tatsächlich wieder normieren. Auch dieses scharfe Schwert, lieber Winfried Bausback, muss in diesen besonderen Zeiten wieder hervorgeholt werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eines will ich allerdings zum Schluss noch sagen. Was ich eingangs von der AfD zu diesem Thema gehört habe, wie ausgerechnet sie sich beim Thema Antisemitismus als Vorkämpfer gerieren will, lässt einen fassungslos dastehen. Das American Jewish Committee hat im

Jahr 2021 in einer Studie festgestellt: Antisemitismus gehört zum programmatischen Kern der AfD. Genau so ist es, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich kann nur sagen: Wer selbst im Visier des Verfassungsschutzes ist, der kann unsere Verfassung nicht schützen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich danke allen, die diesem Antrag zustimmen. Ich finde es ein wichtiges Signal. Ich fand auch die Beratung im Ausschuss tatsächlich sehr gut und hilfreich. Ich kann nur hoffen, dass wir das beibehalten können, was wir bisher in unserer Hochschulfamilie erreicht haben: ein herausragendes Miteinander und der Versuch, dass sich jüdische Studierende in Bayern, egal an welcher Stelle, egal zu welcher Tageszeit, an unseren Hochschulen sicher aufhalten können, sicher studieren können und, wie alle anderen Studierenden, mit Freude ihrem Studium nachgehen können. So war es, und so soll es auch bleiben. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt einstimmig Zustimmung.

Wer dem Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.